

Konjunkturpaket für Gemeinden

Grundsatzpapier des Österreichischen Gemeindebundes zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Dass die öffentliche Hand eine Verantwortung hat, alles zu tun, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern, steht inzwischen weltweit außer Frage. Auch die österreichische Bundesregierung hat richtigerweise in den letzten Wochen reagiert und zusätzlich zum „Bankenschirm“ eine Reihe von Konjunkturmaßnahmen auf Schiene gebracht. Auch die Bundesländer haben – in sehr unterschiedlichen Formen und Ausmaßen – Projekte und Mittel zur Belebung der Wirtschaft bereitgestellt.

Auch die Gemeinden werden sich in diesem Zusammenhang ihrer Verantwortung nicht entziehen. Problematisch dabei ist, dass die Einnahmensituation der Kommunen stark sinkend ist, die Gemeinden werden also ohne Hilfe des Bundes nicht auskommen können. Sowohl die eigenen Einnahmen, als auch die Ertragsanteile aus Bundessteuern sind rückläufig, die freie Finanzspitze der Gemeinden wird immer kleiner. Die zusätzlichen Aufgaben, die Bund und Länder den Gemeinden gerade in den letzten Monaten übertragen haben, überfordern die Finanzkraft der Kommunen bei weitem. Der Ausbau der Kinderbetreuung (Kindergarten ab 2,5 Jahren, verpflichtendes letztes Vorschuljahr, Gratis-Kindergarten), die Änderungen in der Finanzierung der Pflege (weitgehende Abschaffung von Regressmöglichkeiten) und viele andere Maßnahmen des Bundes müssen am Ende von den Gemeinden umgesetzt und finanziert werden. Die Umsetzung der Steuerreform kostet den Gemeinden zusätzlich hunderte Millionen Euro in den kommenden Jahren.

Der Österreichische Gemeindebund hat seine Gemeinden in den vergangenen Tagen aufgefordert, Projekte und Vorhaben zu nennen, die sofort begonnen und umgesetzt werden können. Hunderte Gemeinden haben sehr konkrete, oft auch schon bewilligte Projekte genannt, die derzeit einzig und allein an der Finanzierung scheitern. Angesichts der Tatsache, dass vor allem diese Projekte sehr schnelle und unmittelbar positive Auswirkungen auf die Konjunktur hätten, fordert der Gemeindebund vehement die



Bereitstellung von Bundesmitteln für ein kommunales Konjunkturpaket. Mit den Mitteln dieses Paketes könnten die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden.

Zur Koordinierung der Vorhaben von Bund, Ländern und Gemeinden soll eine nationale Konjunkturkonferenz einberufen werden, um sicherzustellen, dass die Investitionen nicht punktuell, sondern flächendeckend und fair über das gesamte Bundesgebiet verteilt werden.

Die Gemeindebund-Vorschläge im Überblick:

1. Der Bund hat angekündigt, dass geplante Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) in der Höhe von 875 Mio. Euro vorgezogen werden.

Forderung: Bei der Planung dieser Vorhaben sollen zunächst die Bundesgebäude im strukturschwachen Raum (ländlichen Raum) bevorzugt behandelt werden

(Polizeidienststellen, Bundesschulen, Finanzämter, AMS-Einrichtungen, Gerichtsgebäude, etc.). Diese Forderung des Österreichischen Gemeindebundes stützt sich insbesondere auf das Regierungsprogramm. Unter dem Kapitel zur Stärkung der Wirtschaft im ländlichen Raum wird im Regierungsprogramm dazu festgehalten, dass für die Menschen im ländlichen Raum die Kommunalpolitik und ein gleicher Zugang zur öffentlichen Infrastruktur einen unverzichtbaren Teil darstellt.

2. Derzeit befinden sich lt. Statistik Austria 52.420 Gebäude im Gemeindebesitz, hinzu kommen 113 im Bau befindliche Gebäude, sowie der Großteil der „sonstigen Gebäude“ (Baulichkeiten für Kläranlagen, Schottergruben ...) 9.045. Das ergibt ein gesamtes Ausmaß von **61.578 Gebäuden im Gemeindebesitz** (ca. 3% aller Gebäude in Österreich / Der Bund besitzt 0,4 %), davon sind lt. Statistik 1.063 als Schulen ausgewiesen.

Forderung: Start einer thermischen Sanierungsoffensive für kommunale Gebäude mit Förderungen des Bundes und der Länder. Der Investitionseffekt wäre gewaltig, gleichzeitig wäre dies ein höchst relevanter Beitrag zur Erreichung der Kyoto-Ziele und zur Vermeidung von Strafzahlungen. Im Konjunkturpaket der Regierung sind für thermische Sanierungen insgesamt 100 Mio. Euro vorgesehen, davon 50 Mio. Euro für Privathaushalte und 50 Mio. Euro für Unternehmen.

Forderung: Bereitstellung einer eigenen Förderschiene für Gemeinden und ihre Unternehmen für Projekte der thermischen Sanierung. Die österreichischen Gemeinden als Dienstleister unterhalten vielartige Unternehmensbereiche, wie z.B. Mietwohnhäuser, Mehrzweckhallen (Kultur und Sport), Kindergärten etc., wo die Gemeinden als Unternehmer (im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art) wirtschaftlich nach außen am Markt auftreten.

3. Beim Ausbau der Kindergarteneinrichtung – die Länder sind hier sehr großzügig bei Kindern ab 2 ½ Jahren – müssen die Gemeinden mit einem großen Ansturm rechnen. Weitere Bauinvestitionen sind im Bereich neuer Schulen bzw. Adaption bestehender Schulen zu erwarten (neue Mittelschule). Auch der Neu- bzw. Ausbau von sozialen Gebäuden (Tagesbetreuung von Senioren ...etc.) soll gefördert werden. Viele Bauprojekte (v.a. Volks- und Hauptschulen können nicht begonnen werden, weil das Geld fehlt. Hier kann ein eigenes kommunales Konjunkturpaket unterstützend wirken.

Forderung: Die Bauinvestitionen müssen von Bund und Ländern mitgetragen werden (Vorbild NÖ).

4. Eine Grundlage für das Funktionieren des ländlichen Raumes ist das ländliche Wegenetz, das einen Umfang von 70.000 km in ganz Österreich hat. Die Gemeinden dürfen ihre Investitionen in diesem Bereich auf keinen Fall zurückschrauben, trotz sinkender EA. Das Wegenetz ist nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Tourismus ein enorm wichtiger Faktor.

Forderung: Um einen Einbruch der Aufwendungen für das ländliche Wegenetz zu verhindern sollen die Förderschienen von Bund und Ländern ausgebaut werden.

5. Wasserver- und Abwasserentsorgungsbetriebe, sowie Abfallentsorger sollten geplante Projekte im Bereich Klimaschutz sofort durchzuführen um Pönalen aus dem Kyoto-Vertrag zu entgehen. Diese Projekte können mittelfristig über die Gebührenhaushalte finanziert werden. Die Gemeinden müssen unter diesem Aspekt auch sofort ihre Wohnbausanierungen durchführen. Contracting Modelle sollen hier bei der Durchführung helfen.

Forderung: Ausbau von Contracting-Modellen und Ausbau der Förderrichtlinien der Siedlungswasserwirtschaft.

6. Dem Klimafonds stehen für 2009 150 Mio. EUR zur Verfügung; dzt. werden die Programme (Schwerpunkte, die gefördert werden) noch auf politischer Ebene verhandelt und wahrscheinlich bis März beschlossen. Danach folgt ein Besprechungstermin mit dem Österr. Gemeindebund, welche Projekte verstärkt von Gemeinden in Angriff genommen werden sollen.

Forderung: Grundsätzlich ist die Möglichkeit sicherzustellen, dass Gemeinden Mittel aus dem Klimafonds für konkrete Projekte einsetzen können (nicht nur für Forschung oder Marktdurchdringung).

7. Umstellung der kommunalen Straßenbeleuchtung: Die meisten Beleuchtungskörper in den Gemeinden sind sehr alt und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik.

Forderung: Entwicklung geförderter Contracting-Modelle gemeinsam mit dem Bund privaten Anbietern. Mittel- und langfristig führt das einerseits zu Einsparungen, andererseits trägt es sehr positiv zur Klimabilanz bei.

8. Das Bundesvergabegesetz soll die Richtlinien für Ausschreibungen vereinfachen und somit die Verfahren beschleunigen. In Deutschland hat es in den letzten Wochen diesbezüglich sehr hilfreiche Maßnahmen gegeben.

Forderung: Prüfung, wie die Gemeinden die von der Krise betroffene Lokalwirtschaft direkt unterstützen können, ohne durch Ausschreibungen behindert zu werden.

9. Ein starker Partner bei den Forderungen für die Gemeinden sollen die Sozialpartner werden. Vor allem mit den Sparten KMU, Bau und Baunebengewerbe soll eine gemeinsame Forderung mit dem Gemeindebund nach dem Konjunkturpaket stellen. Auch die Sparte Tourismus ist davon betroffen. Die Nächtigungsbetriebe sind mit zu niedrigem Eigenkapital ausgestattet, sodass ausbleibende Nächtigung fatale Folgen haben. Maßnahmen in diesem Bereich sind zu fassen, um strukturelle Probleme zu verhindern. Schon jetzt zeigen Rückmeldungen aus den Gemeinden, dass die traditionell hohen Frühjahresinvestitionen in den Wintertourismusgemeinden nicht getätigt werden. Dies

betrifft vor allem kleinere Gemeinden weil 60 % des Gesamtumsatzes im Tourismus in Gemeinden unter 5.000 EW erzielt werden.

10. Zur **Finanzierung der genannten Vorhaben** schließt sich der Österreichische Gemeindebund der Meinung von Prof. Gerhard Lehner an, die Transferzahlungen an die Gemeinden entsprechend bereitzustellen. Eine Konjunkturmilliarde für die Gemeinden löst Investitionen in vielfacher Höhe aus und sichert damit Arbeit und Beschäftigung für viele tausend Menschen. Erfahrungsgemäß wird ein großer Teil der generierten Aufträge auch im regionalen Umfeld vergeben. Alternativ sind **Fondsmodelle** unter gemeinsamer Beteiligung der öffentlichen Hand und privaten Instituten denkbar. Dies würde, je nach detaillierter Ausformung dieser Fonds, auch den finanzschwachen Gemeinden die Teilhabe an diesem Konjunkturpaket ermöglichen. Der Gemeindebund wird auch hier bei Bedarf detaillierte Vorschläge und Modelle vorlegen.